

Sondierungsgespräche zwischen den Parteien

Die Linke, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen

Teil V: Konsense zwischen Die Linke, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen

Dies sind nur die Vereinbarungen, die in den Verhandlungen angesprochen wurden. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Übereinstimmungen in den jeweiligen Programmen. In welcher Ausprägung und mit welchen Schritten die einzelnen Maßnahmen hätten durchgeführt werden können, wäre in den Koalitionsverhandlungen und nach Durchführung eines umfassenden Kassensturzes vereinbart worden. Entscheidende Handlungsspielräume hätten nach Einschätzung der Linken in der Umschichtung bestehender Mittel gelegen.

Einvernehmen bestand zwischen den drei Delegationen darin, dass die 2.000 zusätzlichen Stellen im Kita-Bereich im vollen Umfang zeitnah zur Verfügung gestellt worden wären.

Grundsätzlich:

- Stärkung von „Mehr direkte Demokratie“ (siehe Volksbegehren Kita als ein Schritt)
- Thüringer Personalvertretungsgesetz: Mitbestimmung stärken und ausbauen
- Vergaberecht mit Tarifreuegesetz verbinden

Bildung:

- **Neues Leitbild für Thüringen: Bildung ohne Finanzvorbehalt**

Kita:

- Umsetzung des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik

Schule:

- Längeres gemeinsames Lernen:
 - Einigkeit besteht in dem Ziel, längeres gemeinsames Lernen für alle Schülerinnen und Schüler umzusetzen.
 - Weitgehende Übereinstimmung besteht darin, dass die Einführung längeren gemeinsamen Lernens als Prozess angelegt werden soll. Offen ist dabei ob es ein neues Modell der Thüringer Gemeinschaftsschule geben soll oder ob die Dauer des gemeinsamen Unterrichts schrittweise angehoben werden soll
- Alle drei Seiten akzeptierten die Existenz der Schulen in freier Trägerschaft und stellten sie nicht in Frage. Nicht entschieden war die Frage, ob die gleiche Finanzierung sichergestellt werden müsse, wenn sich diese Schulen in die Schulnetzplanung einordnen würden.

Ausbildung

- Einstimmigkeit herrscht bei der Weiterentwicklung des bestehenden Ausbildungspaktes zu einem Bildungspakt. Eine Aufgabe dieses Bildungspaktes ist es, die für eine Berufsausbildung geforderte Qualifizierung allen Schülern zu vermitteln. Einigkeit herrschte über den Ausbau einer konsequenten Benachteiligtenförderung. Angeregt wird die Einführung von Produktionsschulen als neue Brücke zwischen Schule und Berufsausbildung für benachteiligte Jugendliche.
- Alle drei Seiten stimmen dem Ausbau von Berufsschulstandorten zu Zentren der Fort- und Weiterbildung zu.

Studium / Hochschule

- Allgemeine Studiengebühren werden abgelehnt. Die Verwaltungskostenbeiträge an Thüringer Hochschulen sind abzuschaffen.
- Einklang besteht im Ziele, die vorhandene Studienplatzkapazität in Thüringen zu erhalten und Thüringens Hochschullandschaft für Studierende so attraktiv zu gestalten, dass die Zuwanderung junger Menschen deutlich ansteigt.
- Weitgehende Übereinstimmung besteht im Wunsch nach einem Landesprogramm zur Förderung von Frauen an Thüringer Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen.

Erwachsenenbildung

- Weitgehende Übereinstimmung besteht im Wunsch nach einem Landesprogramm zur Förderung von Frauen an Thüringer Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen.
- Bildungsfreistellungsgesetz soll auf den Weg gebracht werden.

Soziales.

- Sozialraumplanung für ganz Thüringen soll beim Sozialministerium angesiedelt und umgesetzt werden
- Ergänzung der Jugendpauschale durch eine Sozialpauschale (200 Stellen für Jugend- und Seniorenbetreuung , und –beratung)
- Über die Abschaffung des Thüringer Erziehungsgeldes besteht Einigkeit. Dieses Geld ist in die Kindergartenfinanzierung umzuleiten.
- Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Lebensjahr als 1. Schritt verwirklichen. Für das erste Lebensjahr soll es eine Bedarfsregelung geben. Weitere Schritte sollten besprochen werden.
- Konsens ist ein Programm für ein kostenfreies und gesundes (ökologisches) Mittagessen in Verbindung mit einer „Essens- und Gesundheitserziehung“ für alle in Kitas und Schulen. Hier wird ein schrittweiser Einstieg vereinbart.
- Auflösung der Stiftung FamilienSinn, Integration ihrer Aufgaben in der Sozialverwaltung
- Verbesserung der Situation von Familienhebammen
- Sicherung von Familienzentren

- Gemeinsame Bundesrats-Initiative „Kinderrechte ins Grundgesetz“ wird avisiert
- Bekämpfung der Kinderarmut als dringliche Aufgabe benannt
- Einigkeit beim Ausbau einer fundierten Schulsozialarbeit
- Ausbau der Mitwirkungsrechte von Kinder und Jugendlichen sowie Kinderrechte. Dazu ein Diskussionsprozess anschieben.
- Rentenangleich Ost und West
- Zustimmung zu einem Seniorenmitbestimmungsgesetz und Finanzierung Seniorenbeirat
- Anhebung des Blindengeldes auf Bundesdurchschnitt
- Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sind in der Regel in Regelkitas und –schulen zu integrieren (Inklusion)

Gesundheit

- Uni-Klinik Jena nicht privatisieren. Die Forschung könnte ausgebaut und deutschlandweit zum Vorbild werden
- Krankenhausfinanzierung solle im investiven Bereich auf bestehendem Niveau gehalten werden.
- Geplant wird ein Landespräventionsgesetz und somit z.B. auch mehr Präventionsarbeit an Schulen und Kitas.
- Die Versorgung im ländlichen Raum müsse verbessert werden, Nachdenken über den Ausbau von Medizinischen Versorgungszentren.
- Als gemeinsames Ziel Pflegestützpunkte vorantreiben, die sich an den bestehenden Netzwerken ausrichten

Frauen / Gleichstellung

- Stetige Finanzierung von Frauenhäusern, Mädchenprojekten und Frauenberatungsstellen sichern. Schutz vor Gewalt muss oberstes Gebot sein.
- Bei weiteren Punkten zur Frauenpolitik Prüfung inwieweit eine Umsetzung über Landesgesetze möglich ist. (Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, Förderung der Gleichstellung über das Vergabegesetz, Initiative für ein Ende der Lohnungleichheit, Frauenquote und Mindestparität in Institutionen und Aufsichtsräten,)
- Einigkeit bei der Forderung nach einem Gleichstellungsbericht
- Es wir ein höherer Anteil von Frauen in Führungspositionen, z.B. im Landesdienst oder an den Hochschulen, angestrebt.
- Novellierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes

Kultur

- **Neues Leitbild für Thüringen: Kultur**
Die Profilierung Thüringens in diesem Bereich sei notwendig. Angestrebt wird ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der kulturellen und touristischen Ausrichtung Thüringens.
- Erhalt der gegenwärtigen Struktur der Theater- und Orchesterlandschaft, zwei Modelle zur Diskussion: Kulturraum(gesetz)finanzierung (sächsisches Modell) und Kulturla-

stenausgleich. Hier konnten sich die Beteiligten einen Mix der beiden Modelle vorstellen.

- Bibliotheksgesetz

Wirtschaft

- Hohes Maß an Übereinstimmung wird konstatiert.
- Konjunkturorientierte, antizyklische Haushaltspolitik
- Ökologische Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik durch eine neue Energiepolitik in Verbindung mit Ressourcenschonung, Mehr Innovation in Zukunftstechnologien und der zielgerichtete Ausbau guter Ansätze.
- Förderprogramme auf Prüfstand stellen – dort wo es nötig ist, ein Umsteuern in Richtung Förderung von KMU anstreben.
- Mittelstandförderungsgesetz
- Bankengipfel der neuen Landesregierung vor dem Hintergrund, dass die Kreditinstitute ihrer Aufgabe bei der Kreditvergabe nicht gerecht werden
- Klare Position zu Thema Mindestlohn / Tarifbindung erhöhen – angestrebt: BR-Initiative.
- Alle Fördermittel auf revolvingende Fonds umstellen, bei Ansiedlungsförderung auch mit Zuschüssen arbeiten
- Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes nach ökologischen, fairen und regionalorientierten Kriterien, Ziel ist, den Thüringer Mittelstand stärker zu fördern
- Gemeinschaftsaufgabe auf wachstumsstarke Bereiche zuschneiden. Ein Zukunftsatlas soll aufzeigen, wo die Wertschöpfungsanteile liegen, z.B. in den Branchen:
 - Ernährung
 - Auto und Zulieferer
 - Erneuerbare EnergienHier geht es um die Förderung von Erneuerbarer Energien und Effizienztechnologien. Ziel ist eine „Green-Tech-Strategie“.
- Europäische Mittel: Halbzeitevaluierung zur Umsteuerung nutzen und bei der Evaluierung Einbeziehung aller Akteure
- Besseres Zusammenspiel der Kammern, Gewerkschaften und Unternehmen wird angestrebt.
- Bessere Nutzung des Kommunal-Kombi.

Tourismus

- Wertschöpfung im Tourismus erhöhen, Thüringen als Gesamtangebot vermarkten – integriertes Kultur- und Tourismuskonzept mit einer deutlich verbesserten Vernetzung der touristischen Angebote.
- Der Thüringer Waldtourismus sowie der Städtetourismus müsse stärker zusammengeführt werden.
- Stärkere Zusammenarbeit mit anderen Regionen, z.B. Sachsen und Sachsen-Anhalt, um Synergieeffekte zu erhöhen.
- Ausbau des barrierefreien Tourismus.

Umwelt

- Naturschutzakademie
- Masterplan Biodiversität
- Gewässerschutz vor landwirtschaftlichen Einträgen, (Ausweitung der Randzone auf 10-Meter)
- Stopp des Flächenverbrauches
- Gegen Werraversalzung
- Verbandsklagerecht Tierschutz
- 10 % Prozent des Staatswaldes aus der Nutzung zu nehmen
- Hochwasserschutz
- Biosphärenreservat Gipskarst
- Abwasser: keine weitere Großanlagen, die bestehenden sind allerdings da; Analyse nach Umweltstandards. Ziel: Lösungen in kleinen Landschaftsräumen.
- Mehr Mittel für Umweltstiftung
- Naturschutzgroßprojekt Hohe Schrecke: langfristige Unterstützung sichern
- Zuschüsse od. Darlehen aus den revolvingierenden Fonds für die Umweltbildung
- Erweiterung des Nationalparks Thüringer Wald (von bisher 10.000 ha auf 25.000 ha)
- Umweltlotterie

Landwirtschaft

- Bekenntnis zur Stärkung des Grünlandes und der Milchbauern (Wiedereinführung der Milchquote für Ungunstlagen),
- Korrekturen in der Förderpolitik; Umverteilung Direktzahlungen in die zweite Säule der gemeinsamen Agrarpolitik
- Ausbau der Energieproduktion nach streng ökologischen Kriterien
- Umstellungsprogramm für artgemäße Tierhaltung – keine industriellen Großmastbetriebe
- Förderung Regionalvermarktung
- Bekenntnis des Freistaates zur gentechnikfreien Landwirtschaft
- Studiengang nachhaltige Landwirtschaft (Ökolandbau muss Bestandteil der Lehre ein)

Energie

- **Leitbild für Thüringen: Energie**
- Große Übereinstimmung bei der Gesamtstrategie:
- Energiewende vorantreiben, dabei sind alle Formen der Erneuerbaren Energien auszubauen; weiterer Ausbaubedarf bei der Windkraft
- Schwerpunkt Energieeinsparung und Energieeffizienz
- Solarinitiative Thüringen initiieren (Forschung, Bildung, Anwendung im eigenen Land)
- Energieagentur Thüringen errichten und Energieatlas erstellen

- Vorbildfunktion des Landes (Ökostrom bei Liegenschaften, Energiestandards, Fotovoltaiknutzung)
- Thüringer Wärmegesetz nach dem Vorbild Baden Württemberg einführen
- Markteinführung Elektromobilität (Landesfuhrpark, Kommunen), Elektroautoforschungszentrum mit Unterstützung des Bundes nach Thüringen holen
- Rekommunalisierung der Energiewirtschaft
- Thüringer Stromnetze zusammenfassen und auf gleiche Standards bringen.

Verkehr

- Mittedeutschlandverbindung ausbauen (zweigleisig bis nach Gera, Schließen der Elektrifizierungslücke, Ausbau muss in den vordringlicher Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen werden)
- Lückenschlüsse bei der Schiene angehen (zwischen Eisfeld und Coburg auf der Werabahn, Blankenstein und Marxgrün)
- Aktivierung der Unstrut- und Kyffhäuserbahn
- ÖPNV Bestandteil der Daseinsversorgung, Ausbau des ÖPNV-Angebotes (Bahn und Bus in einen landesweiten Verkehrsverbund)
- Wichtige ICE-Linie 51 (Düsseldorf – Erfurt – Berlin) sichern
- 5 Prozent der Straßenbaumittel für den Radwegebau bereitzustellen ist nicht strittig

Finanzen

- Kassensturz für sämtliche Maßnahmen (mit Ausnahme der 2.000 Kita-Stellen)
- Antizyklische Haushaltspolitik
- Einnahmekonsolidierung und strikte Ausgabenkontrolle
- Grundbekenntnis zu Bürgerhaushalten auf kommunaler Ebene
- Bundesratsinitiative für gerechte Steuereinnahmen und Einnahmestärkung
- Schärfung des Bewusstseins bei den Ausgaben (Schulden und Tilgungspläne)

Arbeit

- Mehr Arbeitsplätze durch den Ausbau erneuerbarer Energien und Tourismus, Ausbau der Wertschöpfungsketten
- Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt
- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes
- Aktive Arbeitsmarktpolitik
- Sicherung von Aus- und Weiterbildung durch eine „Thüringer Initiative für Bildung und Arbeit“
- Engagement gegen alle Formen der Niedriglohnbeschäftigung, wie z.B. die Ausgestaltung der Leiharbeit
- Mehr Beteiligung und Mitbestimmung für die Beschäftigten in Thüringen
- Bundesratsinitiativen
 - zur Einführung Existenz sichernder Mindestlöhne

Innen

- Bessere parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes
- Weitestgehende Übereinstimmung bei der Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform (Näheres siehe Protokoll der vierten Sondierung vom 30.9.2009, siehe Anlage) (hier war wenig Zeit für Diskussion)

Vergangenheit

- Einigkeit herrscht darin, dass eine gemeinsame politische Position zur DDR-Geschichte erarbeitet werden soll. Das von den Grünen vorgelegte Papier wird als gemeinsame Grundlage für eine Präambel zum Koalitionsvertrag akzeptiert.

Bei den noch offenen Punkten gab es Vorschläge, welche Wege eingeschlagen werden können, um aufeinander zuzugehen. Hier die wichtigsten Beispiele

- **Thüringer Flughäfen**
Hier konnten sich alle drei Parteien darauf einigen, dass eine Wirtschaftlichkeitsprüfung vorzunehmen sei und über die Existenz und Sinnhaftigkeit beider Flughäfen verhandelt werden müsse.
- **Abwasser- und Straßenausbaubeträge**
 - bei Abwasser schlug Die Linke vor, dass es um das mittelfristige Ziel der Abschaffung der Beiträge ginge und eine Debatte der Gestaltung nötig sei. Entscheidend sei, dass die Zweckverbände für die BürgerInnen besser zu kontrollieren seien.
 - bei den Straßenausbaubeträgen könne man sich das – von der SPD mit entwickelte – sächsische Modell vorstellen.
- **Bürokratieabbau**
Hier wurde festgestellt, dass man nach gemeinsamen Lösungen wie z.B. One-Stop-Center und Investorenlotsen suchen werde und es nicht darum ginge, Umweltstandards und soziale Vorgaben abzubauen.
- **Rhöntrasse**
Hier bot die SPD an, mit ihrer Mitgliedschaft das Thema noch einmal aufzurufen und einen Kompromiss zu finden.
- **380 KV-Leitung**
Zunächst solle geprüft werden, ob ein Ausbau überhaupt nötig sei und ob dann eine bestehende 220 KV-Trasse über Suhl ausgebaut werden könne
- **Schulden:** Hier sollte weiter diskutiert werden, ob ein Gang nach Karlsruhe klären könne, wie vom Bund verursachte Steuerausfälle von diesem als Finanzmittel an die Länder zu geben seien, wenn diese gesetzliche Aufgaben zu erfüllen hätten. (Steuer-senkungsbremse)